

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 11

Artikel: Die Neuformierung Europas und ihre Konsequenzen für die Weltwirtschaft
Autor: Mandel, Ernest
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143577>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Tiefen der trinitarischen Gemeinschaft ein.

Heute sind die Konflikte nicht geringer als früher. Der Unterschied besteht darin, dass die elektronischen Medien unseren Planeten in ein kleines Dorf verwandelt haben. Der Streit des Nachbarn betrifft die ganze Bevölkerung. Vielleicht sind wir

weniger gut vorbereitet, die Gegenwinde zu ertragen, die dem Schiff Petri entgegenblasen, und reden dann von Gott, mit Gott, zu Gott und lassen Gott immer noch nicht in uns reden. Wie die Apostel schwanken wir und vergessen, was Gamaliel sagte: «Was Gottes Werk ist, kann niemand zerstören.»

(Übersetzung von Viktor Hofstetter)

Ernest Mandel

Die Neuformierung Europas und ihre Konsequenzen für die Weltwirtschaft

Die Entwicklung Europas in den kommenden Monaten und Jahren wird bestimmt durch den Zusammenbruch der bürokratischen Diktaturen Osteuropas und die Schaffung eines westeuropäischen Binnenmarktes im Jahr 1992. Die Auswirkungen dieser beiden Veränderungen auf die Weltwirtschaft sind zumindest ungewiss. Im Umgang mit Prognosen wären zwei methodische Vorbemerkungen anzubringen:

– Eine der schwersten Sünden der Sozialwissenschaftler besteht darin, dass sie laufende Trends extrapolieren, also glauben, dass die Gesellschaft sich in fünf Jahren noch in dieselbe Richtung entwickeln werde wie heute. Das aber ist empirisch unweisbar. Trends beschreiben im allgemeinen eine Kurve und nicht eine geradlinige Entwicklung. Sie können Folgen auslösen, die sich zu diesen Extrapolationen unterschiedlich, ja gegenläufig verhalten. Es besteht demnach ein starkes Element der Ungewissheit in solchen Prognosen.

– Eine zweite methodische Vorbemerkung dürfte radikalen Christen und radikalen Marxisten gemeinsam sein: Es gibt für uns keine «reine» Nationalökonomie, keine «reinen» Wirtschaftsprozesse. Was sich in der Wirtschaft abspielt, fällt nicht vom Himmel, sondern wird von Menschen gemacht. Was aber Menschen machen, ist

nicht nur bestimmt durch ökonomische Anreize, sondern auch durch politische, ideologische und moralische Motive. Diese können andere Auswirkungen haben als diejenigen, die dem «homo oeconomicus» unterstellt werden.

I. Überholte Utopien

Den allgemeinen Hintergrund der beiden grossen Veränderungen im Osten und im Westen Europas bildet seit vierzig Jahren die wachsende *Internationalisierung des Kapitals*. Diese hat den kapitalistischen Weltmarkt zum bestimmenden Raum und eine immer kleiner werdende Zahl von Multinationalen Konzernen zur bestimmenden Kraft des Wirtschaftsgeschehens gemacht. Heute gibt es etwa noch 700 derartige Konzerne, und ich wage die Prognose, dass es in zehn Jahren noch weniger sein werden. Diese Internationalisierung des Kapitals, der eine Internationalisierung der Produktivkräfte, der technologischen und finanziellen Prozesse (Kapitalakkumulation) zugrunde liegt, lässt vier Utopien als überholt erscheinen:

1. Die sozialdemokratische Utopie

Das erste Opfer dieser Herrschaft der Multinationalen Konzerne auf dem Weltmarkt ist

die neokeynesianische, sozialdemokratische Utopie, die glaubt, dass der *Nationalstaat* durch Korrekturen an den übelsten Merkmalen der kapitalistischen Produktionsweise ein grosses Stück sozialer Gerechtigkeit, sogar sozialer Gleichheit verwirklichen könne. Ich will nicht bestreiten, dass bis in die jüngste Vergangenheit sozialstaatliche Reformen in einer kleinen Zahl von Ländern (Skandinavien, Benelux-Staaten, Österreich, Bundesrepublik) erhebliche Resultate erzielt haben. Es handelt sich um Resultate, die aber nur einer winzigen Minderheit der Weltbevölkerung zugute kommen – was für unsere Freundinnen und Freunde in Osteuropa so schwer zu fassen ist. Dieser sozialdemokratischen Entwicklung hat die Macht der Multis ein Ende gesetzt.

Die Nationalstaaten haben die Fähigkeit eingebüsst, wenigstens unter linken Regierungen entscheidende Korrekturen am Wirtschaftsablauf vorzunehmen. Keine Regierung der Welt, und sei es die mächtigste, kann sich den Entscheidungen dieser Konzerne entziehen. Der konservative amerikanische Journalist Anderson hat die Energiepolitik verschiedener aufeinanderfolgender *US-Regierungen* während fünfzehn Jahren analysiert. Seine klägliche Bilanz lautet, dass keine Administration imstande war, die Pläne der «Sieben Schwestern» zu durchkreuzen. Die sieben Erdölkonzerne haben immer getan, was sie wollten. Wenn aber der amerikanische Staat gegenüber den Multis machtlos ist, dann sind es erst recht die kleineren Staaten.

Die Bilanz der neokeynesianischen Utopie kann man ablesen an den gesellschaftlichen Ergebnissen der *sozialdemokratisch geführten Regierungen* West- und Südeuropas in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren. Diese Regierungen betrieben entgegen ihren Wahlversprechen und entgegen ihrer Tradition eine ausgesprochene Austeritätspolitik, die nicht zu Vollbeschäftigung und stetiger Steigerung der Realeinkommen, sondern zu permanenter Massenerwerbslosigkeit, wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit und Verarmung bedeutender Teile der Bevölkerung geführt hat. Das gilt für die letzten Labourregierungen in Grossbritannien, für die Regierungen Mauroy und

Rocard in Frankreich oder für die Regierung Gonzales in Spanien. Das ist kein Zufall, kein böser Wille oder Verrat, sondern letzten Endes eine Folge dieser zunehmenden Schwäche des Nationalstaates gegenüber den immer mächtigeren Multis.

2. Die stalinistische und nachstalinistische Utopie

Die zweite Utopie, die durch die Herrschaft der Multinationalen Konzerne auf dem kapitalistischen Weltmarkt widerlegt wird, ist der stalinistische und nachstalinistische Versuch, eine despotische und bürokratische Wirtschaft aufrechtzuerhalten und, abgeschirmt vom Weltmarkt, mit Erfolg wirken zu lassen. Man kann sich darüber streiten, ob dieser Versuch in der Vergangenheit je realistisch war. Dass er es in den letzten zehn, fünfzehn Jahren nicht mehr sein konnte, ist heute eine Binsenwahrheit. Der *technologische Rückstand* der Sowjetunion und Osteuropas gegenüber den USA, Japan und der Bundesrepublik hat sich dauernd vergrössert. Dieser Utopie den Todestoss gegeben aber hat die wenig bekannte Tatsache, dass in den letzten fünfzehn Jahren das durchschnittliche *Wirtschaftswachstum* – das Hauptargument der stalinistischen Apologeten – in der UdSSR niedriger war als in den USA. Und dies trotz den beiden bedeutenden Wirtschaftskrisen in den USA von 1974/75 und von 1980/82.

3. Die Utopie der Selbstregulierung des Kapitalismus

Eine dritte Utopie betrifft die sog. Selbstregulierung des Kapitalismus, welche die inneren Widersprüche des Systems als durch das System selbst korrigierbar und regulierbar darstellt, also eine mehr oder weniger ununterbrochene Reproduktionsfähigkeit des Systems voraussetzt. Wenn diese Theorie bis Ende der 70er Jahre in einigen fortgeschrittenen Industrienationen des Westens und in Japan eine gewisse Glaubwürdigkeit beanspruchen konnte, so verliert sie heute in der kapitalistischen Weltwirtschaft jede reale Basis.

Was sich in den *wichtigsten kapitalistischen Ländern* seit Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre abspielt, ist eine *soziale Ka-*

tastrophe, von der sich die meisten neoliberalen und neosozialdemokratischen Theoretiker entweder kein Bild machen oder die sie zu verniedlichen versuchen. Die Tendenz zur dualen Gesellschaft mit einer wachsenden Schicht verarmter, marginalisierter Menschen, einer Spaltung auch der Lohnabhängigen in hochqualifizierte Facharbeiter, für die es auf dem Arbeitsmarkt eine steigende Nachfrage gibt, und in weniger oder nicht qualifizierte Arbeitskräfte mit fluktuierender Nachfrage, drückt sich in einer riesigen Zahl von Erwerbslosen aus. Diese Zahl dürfte bei der nächsten Rezession die 40-Millionen-Grenze wahrscheinlich überschreiten. In den US-amerikanischen Ghettos der Schwarzen und der Hispanos hat die Erwerbslosigkeit unter den Jugendlichen einen Anteil von 35 bis 60 Prozent erreicht, der demjenigen der grossen Wirtschaftskrise von 1929/32 entspricht oder ihn noch übertrifft. Ein Grossteil dieser Jugendlichen hat überhaupt nie gearbeitet und keinerlei Hoffnung, je ins normale Wirtschaftsgefüge der bürgerlichen Gesellschaft integriert zu werden.

Noch dramatischer ist das Ausmass der Wirtschaftskrise in der *Dritten Welt*. Hier hat sich in zahlreichen Ländern das Realinkommen pro Kopf der Bevölkerung im Verlauf von weniger als zehn Jahren nicht – wie beim ärmeren Teil Westeuropas – um 10 bis 15 Prozent, sondern um 30, 40 oder gar 50 Prozent vermindert. In Mexiko sind 50 Jahre Wirtschaftsentwicklung im Lauf von einigen Jahren zunichte gemacht worden, nicht nur auf Kosten der armen Bauern und eines Grossteils der Arbeiterschaft, sondern auch auf Kosten eines nicht unbedeutenden Teils der Mittelklasse. Nach Angaben der UNO sterben in der Dritten Welt jedes Jahr 16 Millionen Kinder an Hunger und an Seuchen. Das sind alle vier Jahre genau soviele Tote wie im Zweiten Weltkrieg. Alle vier Jahre findet also ein Weltkrieg gegen Kinder statt.

4. Die neosozialdemokratische Utopie

Die vierte Utopie, die im Rahmen der Weltmarktbeherrschung durch die Multis ebenfalls einen unrealistischen Charakter annimmt, ist die neosozialdemokratische Theorie der *Gorbatschow-Anhänger* und

eines Teils der Freundinnen und Freunde aus dem *ökologischen Lager*. Richtig erkennen sie zwar den globalen Charakter der Katastrophe, die auf uns zukommt. Sie geben sich auch nicht mehr der Illusion nationalstaatlich oder kontinental beschränkter Lösungen hin. Nur ersetzen sie diese Illusion durch eine neue: Sie glauben, die Katastrophe nur in globaler *Zusammenarbeit mit dem Imperialismus*, mit den kapitalistischen Grossmächten, den Multis, verhindern zu können.

Das ist eine illusionäre Utopie, nicht weil Versuche zur Verständigung unangebracht wären, sondern weil dabei die Realität dieser kapitalistischen Gesellschaft, ihre Motive, Werte, Triebkräfte und inneren Widersprüche in ihrer gesamten Explosivität verkannt werden. Dem Versuch, langfristig die Katastrophe dadurch zu verhindern, dass man mit dem Grosskapital zusammenarbeitet, liegt der utopische Gedanke zugrunde, dass eine Gesellschaft, die auf Egoismus, privaten Bereicherungszwang, Konkurrenz aller gegen alle usw. fundiert ist, wie durch ein Wunder Solidarität, Brüderlichkeit, Kooperation und ewigen Frieden im Weltmassstab verwirklichen würde. Das ist so unreal, dass demgegenüber der utopische Charakter des klassischen Sozialismus immer noch zehnmal realistischer erscheint, trotz allen Ereignissen in Osteuropa.

Die Wirklichkeit des zu Ende gehenden 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts ist die *explosive Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems*, die man nicht mit einer Reihe aufeinanderfolgender Versuche zur Verständigung wird abbauen können. Derartige Versuche, zum Beispiel in Richtung allgemeine atomare Abrüstung oder gemeinsame Verwaltung zentraler ökologischer Gesundungsprozesse, sind an sich positiv. Die Illusion liegt darin, dass man glaubt, auf diesem Weg der kleinen Schritte liesse sich die Katastrophe, die auf uns zukommt, wirklich verhindern.

Ich habe bereits die *Wirtschaftskatastrophe* in der Dritten Welt in den letzten zehn Jahren erwähnt. Die Gefahr einer riesigen *Hungerkatastrophe* in noch viel grösserem Ausmass wird heute von den meisten Agronomen erkannt. Hinzu kommt eine *ökologische Katastrophe*, wie die Diskussionen über das Ozonloch und über den Treibhaus-

effekt zeigen. Sie steht in einem wachsenden Zusammenhang mit der Hungergefahr, da die Ertragskraft auch der fruchtbarsten landwirtschaftlichen Böden in der Welt zurückgeht. Angesichts dieser Bedrohung sind die Pläne der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, wie sie von Gorbatschow und anderen Neosozialdemokraten entworfen werden, gewiss nicht schlecht, aber unrealistisch. Diese Pläne gleichen dem Versuch, das Meer mit einem Löffel auszuschöpfen.

Auch die *Kriegsgefahr* ist noch lange nicht gebannt. Viele finden sich mit dem Gedanken ab, dass die atomare Rüstung in den letzten vierzig Jahren einen Weltkrieg verhindert habe. Wie dem auch sei, nach den Angaben der Vereinten Nationen hat es in dieser selben Zeit zwischen 80 und 120 lokale Kriege gegeben. Die Zahl der Opfer dieser Kriege übersteigt bei weitem die Zahl der Opfer des Ersten Weltkriegs und nähert sich bereits der Zahl der Opfer des Zweiten Weltkriegs. Selbst bei einer totalen atomaren Abrüstung gäbe es immer noch konventionelle Waffen mit fast ebenso tödlicher Schlagkraft wie die ersten Atombomben in Hiroshima und Nagasaki. Konventionelle Waffen könnten zudem bestehende Kernzentralen in Atomraketen verwandeln. Die Abrüstung muss sich daher weltweit auf die Abschaffung der gesamten Waffenindustrie und die Vernichtung aller noch vorhandenen Waffenvorräte erstrecken.

II. (Relativ geringe) Veränderungen auf dem Weltmarkt

Was wird sich infolge des Zusammenbruchs der despotischen Bürokratien in Osteuropa und des konsolidierten EG-Binnenmarktes 1992 verändern? Mit dieser Fragestellung verknüpfen sich einige konkretere Fragen: Welchen Einfluss hat diese Entwicklung auf den Weltmarkt? Was bedeutet sie für die Haupttendenz der Kapitalakkumulation, d.h. den riesigen Umfang des spekulativen, nichtproduktiven Kapitals in der heutigen Welt? Wie wird sich das Nord-Süd-Verhältnis verändern? Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung kurzfristig auf die Konjunktur, welche sind in den nächsten 25 bis 40 Jahren auf die langen Wellen der Konjunktur zu erwarten?

1. Das grossdeutsche Kapital als Gewinner

Der Welthandel ist im grossen und ganzen immer noch ein *Nullsummenspiel*, wo die Gewinne der einen durch die Verluste der andern wettgemacht werden. Relativ kleine Verschiebungen – wie sie der Anschluss der DDR an die BRD oder die Konsolidierung des EG-Binnenmarktes aus der Sicht des Weltmarktes darstellen – werden an diesem Nullsummenspiel nicht viel ändern. Es wird also einmal mehr Gewinner und Verlierer geben. Das grossdeutsche Kapital ist ein offensichtlicher Gewinner. Die BRD ist heute das erste Exportland der Welt. Pro Kopf exportiert die BRD etwa viermal mehr als die USA und zweimal mehr als Japan. Das ist die westdeutsche Erfolgsstory der letzten 40 Jahre. Sie wird durch den Umbruch in Osteuropa zweifellos weitergehen. Ob das übrige westeuropäische Kapital ebenfalls zu den Gewinnern zählen wird, ist noch offen: England ganz bestimmt nicht, die Satellitenstaaten der BRD (Beneluxländer, Dänemark, Österreich) höchstwahrscheinlich, Italien, Spanien und Frankreich vielleicht, aber nicht sicher. Zu den (relativen) Verlierern im Weltmassstab werden die USA zählen. Ob Japan und einige neu-industrialisierte Staaten Ostasiens weiterhin zu den Gewinnern gehören werden, ist noch unklar.

2. Loslösung der Kapitalakkumulation vom Wirtschaftsprozess

An der vorherrschenden Form der Akkumulation des Kapitals, die sich als seine wachsende *Entindustrialisierung* ausdrückt, dürfte sich wenig ändern. Wir leben in einer Welt der Verschuldung, der inflationären Kreditschöpfung. Über das Ausmass kann man sich kaum noch Gedanken machen. Die Basler Bank für internationale Zahlungen gibt zu, dass sie den genauen Umfang dieses Schuldenbergs nicht mehr auf ein paar hundert Milliarden genau erfassen kann. Diese Unübersichtlichkeit ist der konzentrierteste Ausdruck der Schwäche, ja Machtlosigkeit der staatlichen Behörden im Weltmassstab, ihrer Unfähigkeit, die realen Prozesse zu kontrollieren.

Allein der *Dollar-Schuldenberg* wird auf 10000 Milliarden geschätzt. Im Vergleich dazu sind die ca. 1500 Milliarden Schulden der Dritten Welt geringe 15 Prozent. Der grösste Teil dieser 10000 Milliarden Schulden kommt aus Spekulationsgeschäften, die keinerlei Beziehung mehr zum realen Wirtschaftsprozess haben. An jedem Arbeitstag werden auf den grossen Devisenmärkten der Welt genauso viele Devisen gekauft und verkauft, als der Jahresumsatz des Welthandels ausmacht. Die Devisenkäufe haben sich total losgelöst von den Warengeschäften aus Export und Import, an die sie ursprünglich gebunden waren. An jedem Arbeitstag werden nun genau so viele Devisen gekauft und verkauft, wie ein ganzes Jahr exportiert und importiert wird. Das ist der Tatbestand der Loslösung des monetären Akkumulationsprozesses vom realen Wirtschaftsprozess.

An dieser allgemeinen Tendenz der Kapitalakkumulation wird sich durch den Anschluss der DDR an die BRD, durch die Ausdehnung des Geschäfts mit Osteuropa oder durch andere relativ kleine Verschiebungen auf dem Weltmarkt kaum etwas ändern.

3. Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts

Der Nord-Süd-Konflikt wird sich durch beide Veränderungen in Europa verschärfen. Ein Teil der Kapitalien, die in den Osten fliessen, um dort von den niedrigen Löhnen zu profitieren, wird den Ländern des Südens entzogen werden. Es wird also eine *Umlenkung der Kredite* auf Kosten der Dritten Welt stattfinden. Die Konsolidierung des europäischen Binnenmarktes wird den Protektionismus gegenüber leichtindustriellen Exportgütern der Dritten Welt, insbesondere Textilien, verstärken und wahrscheinlich auch den Agrarprotektionismus verschärfen.

Ob die zu erwartende Rezession in den USA und in Japan von Europa mit dem Ostgeschäft und dem Anschluss der DDR aufgefangen werden kann, bleibt offen, ist aber wahrscheinlich. Die Ungleichzeitigkeit der Konjunktur im Weltmassstab würde verstärkt und die Tiefe der Rezession entschärft.

4. Vor einer neuen expansiven Welle des Kapitalismus?

Wir kommen nun zur ernstesten Frage für die kapitalistische Weltwirtschaft: Könnte diese ganze Entwicklung langfristig eine neue expansive Welle entfachen, ähnlich jener der Jahre 1948 bis 1973? Meine Antwort ist: Nein, wenn alles so verläuft, wie ich es dargestellt habe; ja, wenn dem kapitalistischen Weltmarkt die totale Absorption nicht nur Osteuropas, sondern auch der Sowjetunion und Chinas gelingen würde. Das wäre die grösste Markterweiterung des Kapitalismus seit der Ausdehnung des Kolonialsystems am Ende des 19. Jahrhunderts. Technologische Erneuerungen könnten massenhaft abgesetzt werden. Es würde sich etwas Ähnliches ereignen wie der Automobil- und Wohnungsbau-Boom der 40er Jahre in den angelsächsischen Ländern oder der 50er und der 60er Jahre in Westeuropa und in Japan.

Aber diese Entwicklung erscheint mir aus gesellschaftlichen und politischen Gründen *sehr unwahrscheinlich*. Ich glaube, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die zwei grossen gesellschaftlichen Prozesse, die heute in der Welt im Gange sind, jenen in der Sowjetunion und jenen in bedeutenden Drittweltländern wie Brasilien, Mexiko, Südafrika und Südkorea, vielleicht auch Argentinien, zu kontrollieren und zu bändigen. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass es in diesen Ländern den konservativen oder neoliberalen Kräften gelingen könnte, kurz- oder mittelfristig das zu erreichen, was ihnen bisher in der DDR und in einigen osteuropäischen Ländern leider gelungen ist: nämlich den Widerstand der Lohnabhängigen gegen wirtschaftliche und soziale Veränderungen zu schwächen. Auch für die DDR, die CSFR und für Polen muss man langfristig nicht pessimistisch sein. Diejenigen, die am eigenen Leib die Folgen des Neoliberalismus erleben, werden früher oder später Widerstand leisten. Ob unter günstigeren oder weniger günstigen Bedingungen, bleibt offen. Aber jetzt sind sie in der Defensive und werden es noch eine Weile bleiben.

In der UdSSR und in den erwähnten Ländern der Dritten Welt sind die Lohn-

abhängigen nicht in der Defensive, sondern in der Offensive und werden es bis auf weiteres bleiben. Die Tendenz der *Selbsttätigkeit der Massen* ist dort aufsteigend. Das ist eine Nuss, die das Weltkapital nicht knacken wird. Darum kann die Hoffnung des Grossbürgertums auf eine qualitativ entscheidende Erweiterung des Weltmarkts durch die totale Absorption der genannten Länder sehr wahrscheinlich nicht in Erfüllung gehen. Der real existierende Kapitalismus wird darum eine durch schwere Krisen und explosive Widersprüche gekennzeichnete Entwicklung durchlaufen.

III. Die Zukunft des Sozialismus

Was aber ist die Zukunft des Sozialismus? Ich habe es rein theoretisch und politisch leicht, am Sozialismus festzuhalten, weil ich eine Strömung vertrate, die nicht erst seit einem Jahr, sondern seit 45 Jahren die These vertritt, dass es keinen real existierenden Sozialismus gibt. Nirgendwo auf der Welt existiert der Sozialismus. Sozialismus ist nicht Verstaatlichung der Produktionsmittel. Sozialismus, wie ihn Marx, Engels, Lenin und bis gegen Ende der 20er Jahre sogar Stalin definiert haben, geht weit über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hinaus. Eine *klassenlose Gesellschaft mit absterbendem Staat* – und das ist die klassische Definition des Sozialismus – hat es nie und nirgendwo gegeben.

1. Das System, das versagt hat, war weder sozialistisch noch eine Planwirtschaft

Was also in Osteuropa zusammengebrochen ist und was sich in der UdSSR in einer schweren Systemkrise befindet, ist nicht eine sozialistische Gesellschaft, sondern eine nachkapitalistische Übergangsgesellschaft, die an einem Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus sich festgelaufen hat und durch eine Usurpation der Macht eingefroren wurde. Die *Bürokratie* als eine privilegierte Schicht der Gesellschaft hat jede Möglichkeit des Fortschritts in Richtung Sozialismus durch die allgemeine Gängelung, Bevormundung, ja Ver-

gewaltigung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung verhindert. Die Bürokratie im weitesten Sinn des Wortes wird in der Sowjetunion auf 18 Millionen Menschen geschätzt. Auf den privilegierten Teil dieser Bürokratie entfallen um die zwei Millionen Menschen. Die Nomenklatura an der Spitze mit riesigen materiellen Privilegien umfasst etwa 400 000 bis 500 000 Menschen. Als die wirklichen Herrscher der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Staates sind sie an der Beibehaltung ihres Machtmonopols interessiert.

Die *Privilegien* der Nomenklatura sind allerdings relativ klein im Vergleich mit den riesigen Vermögensunterschieden in den kapitalistischen Ländern. Es gibt unter diesen Privilegierten wohl Millionäre, bei uns sind die Grosskapitalisten jedoch Milliardenäre. In der DDR geht eine kleine Anekdote um: Der Chef eines grossen westdeutschen Konzerns wollte bei einem Besuch in der DDR die Villen der hohen Staatsfunktionäre und Kombinatdirektoren besichtigen. Als er dort ankam, sagte er, er wolle doch nicht die Wochenend-Bungalows ansehen, sondern die wirklichen Villen.

Die Anekdote widerspiegelt die Realität. Wenn man diese «Villen» mit den Wohnverhältnissen des Prinzen von Thurn und Taxis oder anderer Milliardenäre in der Bundesrepublik vergleicht, dann sind die Honecker und Co. kleine Ganoven. Aber das ist ein falscher Vergleich. Immerhin hat der Prinz von Thurn und Taxis nie von sich behauptet, er sei ein Kommunist. Das Wort «Kommunist» bedeutet «Gleichmacher». Wenn sich aber die sog. Gleichmacher materielle Privilegien aneignen, die das Einkommen eines normalen Arbeiters um das Zehn- oder Hundertfache übersteigen, dann ist das natürlich in den Augen dieses Arbeiters ein Skandal, der durch den Vergleich mit den tausendmal grösseren Vermögen der Grosskapitalisten im Westen nicht kleiner wird.

Diese bürokratische Herrschaftsschicht – ich nenne sie eine Kaste und nicht eine Klasse – hat ökonomisch und gesellschaftlich total versagt. Aber es ist nicht etwa die sozialistische Planwirtschaft, die versagt hat. Das System, das hier versagt hat, war weder sozialistisch noch eine Plan-

wirtschaft. *Planwirtschaft* hätte die proportionelle Entwicklung der Wirtschaftszweige zum Ziel. Die stalinistische, staatliche Zwangswirtschaft war dagegen zum vornherein geprägt von riesigen, unfassbaren Disproportionen, die mit der elementaren Logik des Planes überhaupt nichts zu tun haben. Um nur eine Zahl zu nennen: In den Industriestaaten des Westens und sogar in den halbindustrialisierten Entwicklungsländern erarbeitet der Dienstleistungssektor jährlich zwischen 40 und 60 Prozent des Nationaleinkommens, in der UdSSR seit Ende der 20er Jahre bis heute nur 15 Prozent. Das ist nicht Planwirtschaft, sondern eingebaute Anarchie, eingebaute Nichtplanung.

Die Mangelerzeugung an Konsumgütern in der UdSSR ist unwesentlich im Vergleich mit den unbeschreiblichen Vergeudungen, die durch die fehlende Entwicklung des Dienstleistungssektors verursacht wurden. Um eine andere Zahl zu nennen: Die UdSSR ist bei weitem der grösste Kartoffelproduzent der Welt. Doch nur 25 Prozent der produzierten Kartoffeln kommen zum Normalverbraucher. Was nützt es da, die Produktion um zehn Prozent zu erhöhen? Das Problem ist doch, die 75 Prozent, die schon da sind, zum Normalverbraucher zu bringen. Dazu benötigt man Transportwege und Transportmittel, Bestandteile für Traktoren und Lastwagen, so einfache Dinge wie Lagerräume und vor allem genügend Geschäfte. In vielen sowjetischen Städten gibt es ein einziges Lebensmittelgeschäft für 15000 bis 20000 Einwohner. Niemand hindert die UdSSR, ein Lebensmittelgeschäft für 2000 Einwohner zu planen. Die Mittel dazu wären da.

Dieses Versagen der bürokratischen und despotischen Wirtschaft bildet nur einen der beiden grossen Krisenherde heute. Ob die Vergeudung in den kapitalistischen Ländern durch ungenutzte Produktionskapazitäten, Massenarbeitslosigkeit, Herstellung unnützer, ja lebensgefährlicher Güter und Gefährdung der Umwelt grösser, gleich oder geringer ist als im Osten, darüber kann man streiten. Ich würde diese Vergeudung auf 50 Prozent der zur Verfügung stehenden Ressourcen einschätzen. Das sind fürchterliche Zahlen angesichts des Hungers, des Elends, der Seuchen in der Dritten Welt.

2. Ein neues Produktionsmodell als Alternative

Die Hoffnung des Sozialismus liegt darin, dass er ein drittes Modell, ein Gegenmodell, eine Alternative zur Despotie des Staates und zur Despotie der Brieftasche entwickeln kann. Diese Alternative einer ökologischen, solidarischen, geschwisterlichen, egalitären Wirtschaft im Weltmassstab wäre auf der *Selbstverwaltung* der Produzenten aufgebaut, die langsam anfangen, sich schrittweise vom Markt zu lösen, indem sie ihr Schicksal selbst bestimmen würden. Warum sollen die Produzenten nicht selbst darüber entscheiden, was sie produzieren, wie sie es produzieren und wie sie es verteilen? Warum sollen die wichtigsten Entscheidungen im Leben einer Gesellschaft der Masse der Menschen vorenthalten bleiben?

Als Sozialist möchte ich gegenüber den ökologischen, feministischen und basisdemokratischen Genossinnen und Genossen hinzufügen: Bei allem, was wir voneinander zu lernen haben, bei allem, was wir selbstkritisch vor allem von den ökologischen und feministischen Tendenzen zu übernehmen haben, dürfen wir diese zusätzliche Dimension nie vergessen. Der Emanzipationsprozess im Weltmassstab beruht nicht nur auf einem neuen Konsummodell, einem neuen Verteilungsmodell oder einem neuen politischen Modell der Basisdemokratie, sondern er ist in erster Linie auf einem neuen Produktionsmodell aufzubauen. Man darf zwar nie vergessen, dass der Mensch konsumiert, dass er durch seine geschlechtsspezifische Position und durch seine geographische Lage mitbedingt ist. Aber der Mensch ist und bleibt noch immer an erster Stelle Produzent. Es gibt keinen *Emanzipationsprozess* ohne Befreiung der produktiven Arbeit, ohne radikale Beschränkung der Arbeitszeit, ohne radikale Änderung des Verhältnisses zwischen Produzent und Maschine, ohne radikale Änderung des Verhältnisses zwischen denjenigen, die den Produktionsprozess planen, und denjenigen, die als einfache Produzenten weiterhin subaltern behandelt werden. Dem Sozialismus gehört die Zukunft, weil nur er fähig ist, diese grundlegende Emanzipation der Produzenten zu entwickeln.